

■ Änderung der vietnamesischen Verfassung von 1992

In den Augen der vietnamesischen Regierung ist die seit 1992 bestehende Verfassung nicht mehr in der Lage, die aktuellen Probleme und Herausforderungen des Landes zu meistern und bedarf nach 21 Jahren einer umfassenden Modernisierung. Die Verfassungskommission legte Anfang 2013 einen Entwurf zur Verfassungsänderung vor. Das Besondere daran sind nicht nur einige der inhaltlichen Änderungen, sondern vor allem, dass die Regierung seine Bürger aufgefordert hat, Kommentare zum Entwurf abzugeben.

Ein stärkerer Stellenwert der Menschenrechte, die Möglichkeit ein Referendum zur geänderten Verfassung abzuhalten, die Einführung eines Verfassungsrates,

eines Wahlkomitees und eines Rechnungshofes sind wesentliche inhaltliche Neuerungen des Verfassungsentwurfes. Die überragende Stellung der Partei bleibt allerdings weiterhin unangetastet.

Die in der Bevölkerung und insbesondere unter Intellektuellen am häufigsten diskutierten Punkte sind die weiterhin schwach ausgestalteten Menschenrechte und das Recht auf Grund und Boden. Darüber hinaus werden mangelnde Kompetenzen des neuen Verfassungsrates erörtert sowie die Frage, ob das verfassungsmäßig gewährte Recht auf Leben mit der bestehenden Todesstrafe vereinbar ist. Die Diskussionen gehen sogar soweit, dass eine Gruppe aus 72 prominenten Intellektuellen und

ehemaligen Funktionären einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt hat, in der sie demokratische Wahlen, freie Medien und Privateigentum fordern. Ob diese einmalige und lebhaft öffentliche Diskussion eines Verfassungsentwurfes und deren Kritikpunkte tatsächlich Eingang in die neue Verfassung finden, wird sich nach dem Abschluss der Bürgeranhörung Ende September 2013 zeigen.

VietnamNet, 16.4.2013

The Christian Science Monitor online, 26.3.2013

»Impressive results – sustainable future.

*10 years DAAD office in Hanoi»,
Workshop in Hanoi,
10.–11.5.2013*

■ Arbeitslosigkeit als Herausforderung für die vietnamesische Regierung

Auch in Vietnam hinterlässt die weltweite Wirtschaftskrise ihre Spuren, was sich in steigenden Arbeitslosenzahlen niederschlägt. Besonders betroffen sind junge Menschen, deren Arbeitslosenrate, laut Ministerium für Arbeit, Invalide und Soziales (MoLISA), doppelt so hoch wie die des Landesdurchschnitts ist.

Neben der schlechten Wirtschaftslage ist jedoch auch die mangelhafte Qualifikation der Bewerber problematisch. Viele Absolventen von Universitäten finden keine Anstellung, weil sie nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen, die vor allem technisches Wissen verlangen. Junge und ungelernete Migranten, die vom Land in die Städte strömen, um der Arbeitslosigkeit in ihrer Heimat zu entgehen, finden oft ebenfalls keine

Jobs, da sie keine entsprechende Qualifikation mitbringen.

Hier versucht die vietnamesische Regierung mit verschiedenen Programmen einzugreifen. Absolventen von Hochschulen erhalten Unterstützung bei der Karriereplanung und Jobtraining. Zudem wird es im Mai zu einer Reform des Arbeitsgesetzes kommen, wodurch Leiharbeit, die schon lange eine gängige Praxis ist, legalisiert wird. Dadurch hofft man, auch ungelerten Arbeitern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Man ist sich jedoch der Risiken bewusst, die Leiharbeit mit sich bringt, weshalb die Regelung zunächst auf 17 Berufszweige begrenzt bleibt.

Ein anderer Ansatz wird seit 2011 durch die Ho-Chi-Minh-Jugendorganisation in Ho-Chi-Minh-Stadt verfolgt. Sie hat an

den großen Busstationen der Stadt Arbeitsagenturen eingerichtet. Hier erhalten Migranten, die über diese Busstationen in die Stadt kommen, Informationen über Jobangebote und Unterstützung bei Bewerbungen. Für Migranten, die zum ersten Mal in der Stadt sind und nur wenige Anlaufstellen haben, bietet dieses Angebot eine wichtige Unterstützung. Da das Angebot sehr erfolgreich ist und zudem noch kostenlos, wird es auch von denen genutzt, die schon länger in der Stadt leben. Dabei ist der größere Teil der Arbeitssuchenden, die hier herkommen, gering qualifiziert oder ungelernete.

VietNamNews, 22.3.2013

VietNamNews online, 28.4.2013

ILO, 22.4.2013